

Konsultation

Systematischer Abbau

der Bonner Demokratie

Zum Parteilehrjahr*)

Die Herrschaft des Monopolkapitals, so formuliert W. I. Lenin, geht einher mit „Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System.“*) Auf der Moskauer Beratung stellte L. I. Breshnew fest, daß sich der Imperialismus heute „mehr denn je zuvor als eine Ordnung sozialer und nationaler

Ungleichheit, der Unterdrückung und Gewaltanwendung“²⁾ zeigt. Wie äußert sich diese prinzipielle Einschätzung vom reaktionären politischen Wesen, vom antidemokratischen Charakter des Imperialismus heute in der BRD, unter den Bedingungen einer sozialdemokratisch geführten Regierung?

Unternehmer gegen echte Mitbestimmungsrechte

Den Arbeitern und Angestellten — über 80 Prozent der westdeutschen Bevölkerung — werden nach wie vor echte Mitbestimmungsrechte in den Betrieben vorenthalten. Nach wie vor gilt in der BRD die Devise, daß Demokratie im Betrieb nichts zu suchen hat. In der Deutschen Demokratischen Republik bestimmt das werktätige Volk unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen

Partei seinen Entwicklungsweg. In der Verfassung der DDR sind dafür alle Rechte verankert. Ganz im Gegensatz dazu wird zum Beispiel echtes Mitbestimmungsrecht in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik seit jeher verweigert. Die Monopole fürchten die echte Mitbestimmung, weil sie darin völlig zu Recht einen Angriff auf ihre politische Macht, eine Gefährdung ihrer Profitinteressen sehen.³⁾

Im Jahresbericht 1969/70 des „Bundesverbandes der (west-)Deutschen Industrie“ (BDI) ist jetzt erst wieder gesagt wor-

den, daß das Finanz- und Rüstungskapital der BRD uneingeschränkte „Bewegungsfreiheit“ und „mehr Spielraum“ fordert. Es will diese uneingeschränkte „Bewegungsfreiheit“ und den größeren Spielraum dort, wo höchste Gewinne und Profite winken: in der Rüstungswirtschaft, beim Ausbau des friedensgefährdenden Militär-Industrie-Komplexes. Deshalb wird es auch als „Aufgabe der Industrie“ bezeichnet, die „Zielstellungen der Regierung zu korrigieren und zu relativieren“, wenn sie den Interessen der Konzerne zuwiderlaufen sollten.

Uneingeschränkte Bewegungsfreiheit und mehr Spielraum sind aber für die Monopole nur zu erreichen, wenn gleichzeitig die Arbeiter und Angestellten der BRD zum Stillhalten gezwungen werden. Dementsprechend hat ein anderer Konzernverband, die „Bundesvereinigung der (west-)Deutschen Arbeitgeberverbände“ (BDA), den Gewerkschaften der BRD die Rolle eines „Ordnungsfaktors“ angetragen. Die Gewerkschaften sollen vor allem betriebliche Streikaktionen unterbinden, mit deren Hilfe die Arbeiter in der Vergangenheit zahlreiche Forderungen durchsetzen konnten. Auch mehr Zurückhaltung in der Lohnpolitik wird verlangt.

Die Monopole sind sich auch über die Mittel einig, die sie bei Zuwiderhandlungen anwenden wollen. In „Arbeitskampfrichtlinien“ wird von „koordinierten Aktionen“ und „Verbandssolidarität“ der Monopolherren gesprochen, um Streikaktionen wirkungsvoll begegnen zu können. Aussperren von Arbeitern und Angestellten, Austausch von „schwarzen Listen“ und Einstellungsverbote von Streikteilnehmern sind vorgesehen.

*) Diese Konsultation erscheint zum Parteilehrjahr, speziell für die Zirkel zum Studium von Grundlehren des Marxismus-Leninismus